

Linke Liste Wiesbaden



2006–2011: Bilanz der Rathausfraktion der Linken Liste (LiLi) Wiesbaden

Zu den Kommunalwahlen 2006 erstellte die Linke Liste (LiLi) Wiesbaden eine Anzahl von programmatischen Thesen zu bestimmten ihr wichtig erscheinenden Einzelthemen.

Wir sind der Überzeugung, dass sich unsere Sicht der Probleme als ebenso richtig herausgestellt hat wie die von uns vorgeschlagenen Ansätze zu deren Lösung. Nach fünf Jahren Arbeit im Stadtparlament wollen wir das auch konkret belegen – mit dieser Bilanz unserer Aktivitäten.

Gleichzeitig haben wir die Gelegenheit genutzt, unsere Zielvorstellungen zu überprüfen und fortzuschreiben. Diese Bilanz ist also eine Grundlage für unsere Vorstellungen über und Forderungen an eine linke Kommunalpolitik für die kommenden Jahre 2011 bis 2016.

Die Fraktion Linke Liste hat diese Bilanz unter Hinweis auf die zahlreichen Anträge und Anfragen formuliert, die die Fraktion in die städtischen Gremien eingebracht hat. Dabei war es uns in Anbetracht der Zahl und des Umfangs unserer Anträge und Anfragen nicht möglich, diese hier vollständig zu dokumentieren.

Wir verweisen aus diesem Grund auf unsere Website www.lili-wiesbaden.de, in der unsere kommunalpolitischen Aktivitäten dargestellt sind. Dort steht auch diese Bilanz in digitaler Form zum Herunterladen zur Verfügung.

Überblick

Öffentliche Bildung
KiTa- und Schul-Sozialarbeit
Soziale Sicherung

Freizeit und Sport
Kultur
Anti-Rassismus
Frieden

Frauen
Bürgerbeteiligung
Senioren

Mobilität und ÖPNV
Umwelt
Stadtentwicklung
Städtischer Haushalt

Die Stadtverordneten der Linken Liste



Öffentliche Bildung für alle!

Die Interessen der Kinder und Jugendlichen und ihrer Eltern und der im Bildungsbereich Beschäftigten müssen zählen!

Trotz „Wirtschaftsaufschwung“ in den ersten Jahren nach der Kommunalwahl 2006 und einem aktuellen „Konjunkturpaket“ gibt es in der hessischen Landeshauptstadt weiterhin eine ganze Reihe von Schulen, die abbruchreif sind. Die Sanierungen kämen teurer als Neubauten. Örtliche Tagespresse und überregionale Medien machten in den zurückliegenden Monaten auf erschreckende Zustände an Wiesbadener Schulen aufmerksam, nachdem Schulleitungen und Eltern immer wieder aktiv wurden.

Sanierungen bzw. Neubauten bei den zahlreichen maroden Schulen sind finanzierbar

Die schwarz-grün-gelbe Rathauskoalition, allen voran die Schuldezernentin, ließ keine Gelegenheit aus, sich selbst auf die Schulter zu klopfen. Wann aber endlich die erforderlichen Neubauten an der Albert-Schweitzer-Schule, der August-Hermann-Franke-Schule, der Johannes-Maaß-Schule, der Freiherr-vom-Stein-Schule, der Rudolf-Dietz-Schule und anderen erfolgen bzw. bezugsfertig sein werden, steht in den Sternen.

Die Fraktion Linke Liste hat in den Beratungen für den Haushalt 2010/2011 mit ihren Anträgen deutlich gemacht, dass die Sanierungen bzw. Neubauten an den baulich maroden Schulen zu finanzieren wären – selbst ohne zusätzliche Verschuldung. Der Verzicht auf ein Sponsoring der privaten Geld-Elite-Fachhochschule EBS in zweistelliger Millionenhöhe wäre da eine Finanzierungsquelle.

Wie in der zurückliegenden Arbeitsperiode wird sich eine linke Fraktion auch in den kommenden fünf Jahren massiv dafür einsetzen müssen, dass mehr Geld für die Schulen bereitgestellt wird. Die gegenwärtige Situation ist an nicht wenigen Schulen Wiesbadens für die Lernenden, ihre Eltern und die Lehrenden unzumutbar. Von der Bedeutung der Bildung als wichtigster Ressource für ein rohstoffarmes, aber bevölkerungsreiches Land wie die Bundesrepublik ständig zu reden, aber dann zu wenig zu investieren, dem muss mit verstärkten politischen Aktivitäten begegnet werden. Dabei will die Fraktion die außerparla-



mentarischen Aktionen von Elternbeiräten, GEW, Schülervertretungen und anderen aktiv unterstützen. Ihr Know-how und ihre logistischen Möglichkeiten wird die Fraktion weiterhin in den Dienst solcher Bewegungen stellen.



Beispielhaft für das Desaster der Schulpolitik des Magistrats und der Stadtparlamentsmehrheit ist die jahrelange Verzögerung des Wiederaufbaus bzw. Neubaus der Martin-Niemöller-Schule. Offensichtlich wurde damit geliebäugelt, statt der ursprünglich drei Oberstufen-Gymnasien (Martin-Niemöller-Schule, Carl-von-Ossietzky-Schule, Wilhelm-Leuschner-Schule) nur noch ein einziges zu betreiben. Wenn wir aber die Prozentsätze anderer Länder an Studierenden erreichen wollen (Skandinavien und Japan haben mittlerweile 70 bis 90 Prozent eines Jahrgangs, die die Hochschulreife erwerben), dann brauchen wir – nicht nur für die Übergänge aus den Gesamtschulen und Realschulen – weitaus mehr Plätze an Oberstufen-Gymnasien.

Dem wachsenden Bedarf an Plätzen in Integrierten Gesamtschulen (IGS) Rechnung tragen

Die linke Rathausfraktion wird auch weiterhin für den Elternwillen beim Übergang in Klasse 5 und dafür eintreten, dass dem wachsenden Bedarf an IGS-Plätzen Rechnung getragen wird. Dies würde auch die Schulen des gegliederten, selektiven Schulsystems entlasten, dessen Zukunft vor allem von der Schulpolitik im Land (und Bund) abhängig ist. Mittlerweile scheint es auch in Kreisen der Wirtschaft angekommen zu sein, dass integrierte Bildungssysteme zukunftsträchtiger sind und die von der UNESCO geforderte Inklusion es verbietet, Kinder und Jugendliche in der Schule scheitern zu lassen und auszugrenzen, indem sie in andere Schulformen abgeschoben werden.

Auf Anhieb hat die Integrierte Gesamtschule (IGS) Alexej-von-Jawlensky-Schule im Stadtteil Schelmengraben eine hohe Akzeptanz durch ihr pädagogisches Konzept erreicht. Die bislang am selben Standort existierende Ludwig-Erhard-Schule des selektiven Schulsystems war zum Untergang verurteilt – trotz engagierter Lehrer/innen. Wann endlich werden daraus stadtweit die richtigen Konsequenzen gezogen? Die linke Fraktion wird auch bei dieser Frage Eltern, Lehrer/innen und Schüler/innen unterstützen. Wirkliche Fortschritte werden aber nur erreicht werden können, wenn über den unmittelbar betroffenen Personenkreis hinaus in der Bürgerschaft Wiesbadens eine aktuelle, moderne Schulpolitik eingefordert und dann durch entsprechende Aktivitäten schließlich durchgesetzt wird.

Frühkindliche Bildung und Erziehung ebenso wie Ganztagsbetreuung bzw. „Betreuende Grundschule“ als öffentliche Einrichtung ausbauen

Angesichts unbefriedigender Ergebnisse Deutschlands in den internationalen Bildungsstudien hat sich in den zurückliegenden Jahren auch die Einschätzung der Bedeutung frühkindlicher Bildung und Erziehung verändert. Die Wichtigkeit öffentlicher Einrichtungen im Vorschulbereich wird mittlerweile allgemein anerkannt, aber die öffentlichen Ausgaben bleiben wie im Schulbereich hinter den gesellschaftlichen Erfordernissen zurück.

Die Linke Liste hat schon in den zurückliegenden Jahren moniert, dass die Rathausmehrheit ihrer Verantwortung nicht gerecht wird und die CDU/Grüne/



FDP-Koalition stattdessen Jahre damit vertan hat, private Modelle zu planen und zu fördern.

Die Linke Liste lehnt die Überführung von öffentlichen Bildungseinrichtungen in private, profitorientierte, intransparente Formen ab, da sie die Chancengerechtigkeit unmöglich machen und den sozialen Auslesefaktor weiter verstärken, der in der Bundesrepublik schon jetzt wie kaum in einem anderen Land vorhanden ist.

Die Linke Liste wird sich für eine neue Mehrheit im Rathaus einsetzen, die die Ganztagsbetreuung bzw. „Betreuende Grundschule“ als öffentliche Einrichtung ausbaut und nicht in immer stärkerem Maße die Betreuungsaufgaben auf Elternvereine abwälzt, wie dies die bisherige Mehrheit in den zurückliegenden Jahren gemacht hat.

Auch für die Erwachsenenbildungsarbeit hat die Stadt eine Verantwortung. Einrichtungen wie die VHS sind von städtischen Zuschüssen abhängig, die nicht gekürzt werden dürfen. Um die Qualität zu erhalten und auszubauen, muss den Tendenzen entgegengetreten werden, auch hier zu privatisieren, die Teilnahme in immer größerem Maße vom Geldbeutel der Bildungswilligen abhängig zu machen und bei den Lehrenden den Anteil prekärer, schlecht bezahlter Arbeitsverhältnisse auszuweiten.



Für die Bildungspolitik gilt wie in den anderen politischen Bereichen auch: die Politik sollte vor allem an den bereits erfolgten Taten, nicht an angekündigten Wahlversprechen gemessen werden. Deshalb haben wir Anträge und Anfragen der Linken Liste aus den zurückliegenden Jahren im vollen Umfang auf der Internetseite der Linken Liste Wiesbaden dokumentiert und laden Sie ein, sich dort ein detailliertes Bild von den Aktivitäten der Linken Liste zu machen:

www.lili-wiesbaden.de

Für eine gute öffentliche Kinderbetreuung

Zusammen mit dem Stadtelternbeirat der städtischen Kindertagesstätten, Vertreter/innen von freien Trägern, der Gewerkschaft ver.di, der Rathaus-SPD und anderen wurde die LiLi-Fraktion auch am gemeinsamen „Runden Tisch“ aktiv gegen die schädlichen Pläne der so genannten „Jamaica-Koalition“ im Bereich der Kindertagesstätten.

Aktive Teilnahme am „Runden Tisch“ – gegen Privatisierungspläne bei städtischen Kitas

In der Koalitionsvereinbarung von CDU, GRÜNEN und FDP waren Schritte zur Privatisierung der städtischen Kitas vorgesehen. Überführung in GmbHs, in eine Stiftung oder zumindest einen Eigenbetrieb waren geplant und sollten gegen den Willen der Elternbeiräte und der Beschäftigten durchgesetzt werden, um die parlamentarische Kontrolle und die Einflussnahme der Elternschaft zu schwächen, Kürzungen leichter vornehmen und privaten Dritten den Einstieg „ins Geschäft“ erleichtern zu können. Da die SPD bei der Wahl des Dezernenten auf die Stimmen der „Jamaica-Koalition“ setzte, war ihr Widerstand gegen diese Pläne halbherzig. In der Stadtverordnetenversammlung stand einzig die LiLi-Fraktion konsequent und aktiv gegen diese Privatisierungspläne. Sie beteiligte sich an der Sammlung von mehreren Tausend Unterschriften für die Forderungen des „Runden Tisches“, die mit dazu beitrugen, dass der Widerstand gegen die Koalitionspläne in der SPD und schließlich auch bei den GRÜNEN die Koalitionspläne zu Fall brachten. Auch die pädagogisch unsinnigen Pläne des „stundenweisen Buchens“ von „Kinderbetreuungsleistungen“ erfuhren so eine Abfuhr.

Stopp des Ausbaus von Schulsozialarbeit in Form der „Betreuenden Grundschule“ aufheben, statt sie den Eltern aufzubürden

Nicht aufgehoben werden konnte der Stopp für den Ausbau von Schulsozialarbeit in Form der „Betreuenden Grundschule“. Die dringend notwendigen Betreuungsmöglichkeiten an Grundschulen wurden zunehmend den Eltern aufgebürdet, die dazu Vereine gründen bzw. den Vereinszweck von Fördervereinen ändern mussten. So rühmt sich die rechte Rathausmehrheit mit dem „flächendeckenden Angebot“ an Grundschulkindbetreuung, das sowohl unzureichend, als auch uneinheitlich ausgestattet ist und zu wesentlichen Teilen auf unbezahlter Arbeit von vielen Eltern beruht. Konsequent moniert die Fraktion diesen Umstand regelmäßig dann, wenn es um städtische Zuschüsse für die Grundschulkindbetreuung geht.

Zu einer guten öffentlichen Kinderbetreuung gehört, dass die Kinder sich dabei in Räumen aufhalten, die gesundheitlich unbedenklich sind. So wurden von der LiLi-Fraktion wiederholt Schadstoffbelastungen mit PCB, Dioxinen und Furanen in Unterrichtsräumen und auf Sportflächen thematisiert, um Sanierungen durchzusetzen. Trotz mittlerweile jahrzehntelanger Erfahrung mit z.B. PCB in Schulen, muss man den Eindruck gewinnen, dass die immer noch vorhandenen Schadstoffbelastungen nicht ausreichend ernst genommen und somit toleriert werden. Elternbeiräte und Sportvereine konnten und können auch in Zukunft bei diesem Thema auf die Unterstützung der LiLi-Fraktion zählen.

Dass der Ausbau von Schulsozialarbeit dringend erforderlich ist, gilt als unumstritten. Anträge der Linken Liste (und auch der SPD) wurden aber – auch bei den Haushaltsberatungen – von CDU/GRÜNEN/FDP abgeschmettert – trotz Finanzierungsvorschlägen.

Soziale Sicherung

Kritik an der Umsetzung von „Hartz IV“ in der Optionskommune Wiesbaden

Wiesbaden ist eine von bundesweit 69 Optionskommunen. Das bedeutet, dass die Stadt Wiesbaden selbst die Verwaltung „ihrer“ Arbeitslosen und so genannten Aufstocker übernommen hat und hier das Amt für soziale Arbeit und nicht die Agentur für Arbeit (ARGE oder Jobcenter) Ansprechpartner für Leistungsberechtigte nach SGB II und SGB XII sind.

Nach den einschlägigen Evaluationen schneiden die Optionskommunen regelmäßig schlechter ab: Nirgends gibt es so viele Sanktionen und nirgends ist die Integrationsquote so schlecht. Die Linke Liste hat deshalb die Organisationsform der „Optionskommune“ von Anfang an abgelehnt und die Probleme auch bei den turnusmäßigen Beweihörungen des Sozialdezernenten über die angeblich so erfolgreiche Arbeit vehement auf die Tagesordnung gebracht.

Dabei böte die Form der Optionskommune die Möglichkeit, das Sozialgesetzbuch – wenn politisch gewollt – im Sinne der Betroffenen auszulegen: Es bietet ausreichend Ermessensspielräume. Die Linke Liste hat aber feststellen müssen, dass diese in Wiesbaden vor allem gegen die Interessen der Betroffenen angewandt wurden.

Das Thema „Hartz IV“ war eines der Themen, an denen die Linke Liste in der vergangenen Arbeitsperiode am intensivsten gearbeitet hat. Anknüpfungspunkte gab es viele. Diese sollen im Folgenden skizziert werden:

1. Transparenz

Während die ARGE und Jobcenter an die Dienststanweisungen der Bundesagentur für Arbeit gebunden sind, die von jedermann im Internet nachgelesen werden können, haben diese für die Wiesbadener Verwaltung keine Relevanz. Die Wiesbadener Verwaltung hat vielmehr eigene örtliche Richtlinien erarbeitet (das so genannte „Wiesbadener Handbuch“), um welche eine regelrechte Geheimniskrämerei betrieben wird. Mehrfach beantragte die Linke Liste vergeblich die Herausgabe. Zunächst erhielt sie die Antwort, es werde noch überarbeitet, dann wurde darauf hingewiesen, dass es sich um interne Dienststanweisungen handele, die nicht zur Verfügung gestellt würden. Wie sollen Stadtverordnete als politisch Verantwortliche jedoch ihre Verwaltung kontrollieren, wenn sie keinen Einblick in so wichtige Dokumente erhalten?

2. Arbeitsgelegenheiten („1-Euro-Jobs“)

Mit dem massiven Einsatz von so genannten „1-Euro-Jobs“ wurde auch in Wiesbaden ein „dritter Arbeitsmarkt“ als Dauerlösung etabliert. In öffentlichen Gesundheits- und Sozialeinrichtungen wie Krankenhäusern, Kindergärten, Altenheimen etc. wurde festes Personal eingespart; der enorme Bedarf an sozialer Arbeit wird durch „1-Euro-Jobber“ gedeckt. Auch in Ämtern (z.B. Grünflächenamt) und kommunalen Betrieben (z.B. WJW, GWW etc.) und in Wohlfahrtsverbänden nehmen sie oft Aufgaben wahr und vernichten so reguläre Arbeitsplätze.

Die Linke Liste hat einen Antrag ins Stadtparlament eingebracht, alle „1-Euro-Jobs“ in sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze umzuwandeln – dieser wurde abgelehnt. Einzelne Maßnahmenträger wurden seitens der Linken Liste darüber hinaus im Parlament und den Ausschüssen genauer unter die Lupe genommen.

3. Sozialdatenschutz

Der Sozialdatenschutz ist von seiner Wichtigkeit mit dem Steuergeheimnis gleichzusetzen – man merkt davon aber sehr wenig. Es scheint, der Bereich des SGB diene dazu, die Aussetzung von Grundrechten an einer wehrlosen Gruppe zu üben: Freie Wohnungswahl, freie Berufswahl, Freizügigkeit (Stichwort:

Ortsabwesenheit) und Privatheit etc. gibt es nicht für diejenigen, die einen Anspruch auf Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch haben. Die Sozialbehörde hat sicherzustellen, dass der Sozialdatenschutz gewährleistet ist. Im Grunde geht es niemanden etwas an, dass und welche Leistungen jemand erhält.

Die Realität sieht anders aus:

- Beim Besuch der Behörde sieht ein jeder, welcher Nachbar noch auf staatliche Unterstützung angewiesen ist: Gleichzeitig werden mehrere Personen an den so genannten Infotheken „bearbeitet“, die Betroffene erst überwinden müssen, um zu ihrem/ihrer Sachbearbeiter/in zu gelangen. Der Inhalt des Anliegens ist für andere mithörbar.
- In manchen Zweigstellen (z.B. Glarusstraße Biebrich) müssen dringliche Anliegen über ein Telefon an der Tür vorgetragen werden, unter den Ohren der nachfolgenden Hilfesuchenden.
- Häufig werden seitens der Behörde Unterlagen eingefordert, die für die Erbringung der den Betroffenen zustehenden Leistungen überhaupt nicht erforderlich sind.

Alle Anträge, die auf die Beseitigung dieser Zustände beim Wiesbadener Amt für soziale Arbeit abzielten, wurden vom zuständigen Dezernenten und den anderen Fraktionen jedoch stets abgeblockt. Für jene gilt wohl die Meinung: Wer „Staatsknete“ in Anspruch nehmen muss, hat dafür die Hosen runterzulassen – bis endlich das letzte Stück Privatsphäre verlorengegangen ist. „Der gläserne Hartz-IV-Empfänger“ ist längst bittere Realität.

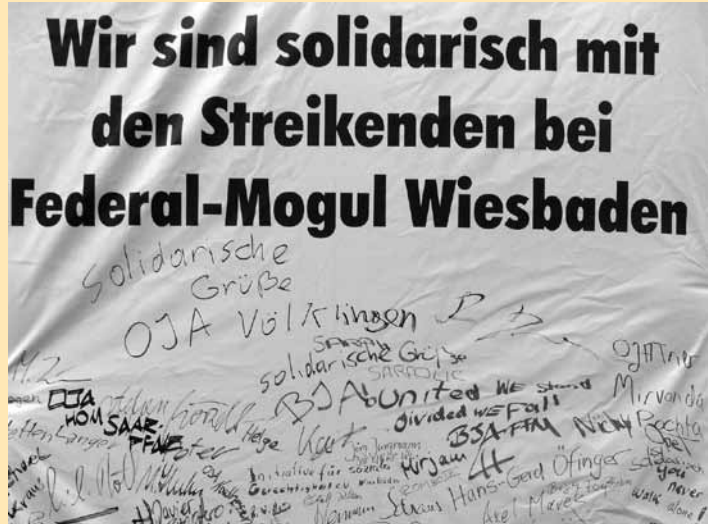
Einen großen Erfolg gab es in diesem Bereich jedoch: Auf Intervention der Linken Liste kündigte die Stadt den Vertrag mit dem Postdienstleister TNT, nachdem dieser wichtige Briefe u.a. des Amtes für Soziale Arbeit unsachgemäß zugestellt hatte: Diese waren reihenweise auf Fensterbänken oder Türrahmen gelehnt deponiert worden, statt in die dafür vorgesehenen Briefkästen. Die von der Linken Liste eingeschalteten Datenschutzbeauftragten von Stadt und Land reagierten umgehend, so dass Briefe nun wieder durch (nebenbei bemerkt besser bezahlte) Postzusteller verteilt werden.



4. Sozialer Wohnungsbau

Das Sozialgesetzbuch definiert die von der Kommune zu genehmigenden Unterkunftskosten als „angemessene Kosten der Unterkunft“, die genaue Festlegung obliegt den einzelnen Kommunen und geschieht zumeist willkürlich. Für eine alleinstehende Person werden so z.B. maximal 360 Euro Kaltmiete akzeptiert (Stand: September 2010). Eine Wohnung in diesem Preissegment in Wiesbaden zu finden, gestaltet sich als äußerst schwierig, wenn nicht unmöglich.

Diese unrealistische Berechnung führt dazu, dass Leistungsberechtigte aufgefordert werden, ihre angeblich zu teure Wohnung zu verlassen und sich eine günstigere zu suchen oder die „unangemessenen“ Wohnkosten aus ihrem viel zu knapp bemessenen Regelsatz selbst zu tragen. Dabei wird auch nicht Halt



gemacht vor denjenigen, die bereits mehr als 10 Jahre in ein und derselben Wohnung leben und damit ihr soziales Umfeld verlassen müssen.

Statt dem unbestrittenen Bedarf durch sozialen Wohnungsbau nachzukommen, werden immer mehr sozial geförderte Wohnungen aus der Preisbindung entlassen oder an Private verkauft. Die Schaffung von neuem öffentlich gefördertem Wohnraum gibt es so gut wie nicht.

Die Linke Liste hat keiner Vorlage zugestimmt, die die Vernichtung von sozialem Wohnungsbau zum Ziel hatte, und hat mehrfach nicht zuletzt auch auf die Situation der Wohnungslosen hingewiesen.

Für die gesellschaftliche Teilhabe von Kindern

Kaum irgendwo klappt die Schere zwischen Arm und Reich so auseinander wie in Wiesbaden: Kinderarmut ist weit verbreitet und nimmt rapide zu. 10.440 (Stand: 2008) der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren in der hessischen Landeshauptstadt sind abhängig von Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch – als arm müssen jedoch noch weit mehr gelten, da ihre Eltern gerade so viel verdienen, dass sie knapp über der Grenze zur Leistungsberechtigung liegen.

Kinderarmut bedeutet: kein warmes Mittagessen in der Schule, kein Geld für die Busfahrkarte zur Schule, kein Geld für den Sportverein (geschweige denn die Sportbekleidung), kein Geld für Weihnachtsgeschenke, kein Geld fürs Kino oder das Schwimmbad etc.

Die Stadt hätte die Möglichkeit, all diese Beihilfen, die Armut ein wenig abmildern können, freiwillig zu gewähren. All dies (und noch viel mehr) wurde von der Linken Liste gefordert – leider waren die anderen Fraktionen der Meinung, dies sei nicht notwendig; sie lehnten alle Anträge ab. Lediglich der Antrag auf



Gewährung zusätzlicher Schulmittel wurde im Rahmen der „Initiative gegen Armut – für Bildung, Arbeit und gesellschaftliche Teilhabe“ aufgegriffen und durch 35-Euro-Gutscheine teilweise umgesetzt (die Linke Liste hatte einen viel höheren Betrag als notwendig berechnet).

Für Mindestlohn, betriebliche Interessenvertretung und Solidarität mit von Arbeitsplatzverlust bedrohten Beschäftigten

Die Linke Liste brachte mehrfach Anträge ein, die sich mit der Arbeitssituation von Beschäftigten befassen:

Zum einen wurde gefordert, dass bei der Vergabe von städtischen Aufträgen zwingend ein Mindestlohn von 8 Euro/Stunde einzuhalten sei – auch dieser Antrag wurde abgelehnt.

Darüber hinaus befassten sich mehrere Anfragen mit der Beschäftigung von Leiharbeitern bei der Stadt Wiesbaden, in städtischen Eigenbetrieben oder von der Stadt beauftragten Betrieben.

Häufig war das zuständige Dezernat nicht in der Lage, berechnete Fragen zufriedenstellend zu beantworten; die Standardantwort lautete „Dazu liegen keine auswertbaren Zahlen vor“, so zum Beispiel bei der Frage, wie viele städtische Beschäftigte, insbesondere Frauen, einen so geringen Lohn erhalten, dass sie aufstockend Anspruch auf Leistungen nach dem SGB II haben.

Die Linke Liste setzte sich bei drohendem Arbeitsplatzabbau immer für die betroffenen Beschäftigten ein – sei es bei Federal Mogul oder bei Karstadt. Mit eingebrachten Resolutionen sollten die politischen Entscheidungsträger sensibilisiert und aufgefordert werden, sich im Sinne der Betroffenen einzusetzen.

Öffentliche Freizeit- und Sportmöglichkeiten für alle!

Die Fraktion Linke Liste sah und sieht ihre Aufgabe darin, alle zu unterstützen und mit allen zusammenzuarbeiten, die sich dafür engagieren, dass alle Menschen in dieser Stadt Zugang zu einem vielfältigen öffentlichen Angebot an sinnvollen Freizeit- und Sportmöglichkeiten haben. Nicht nur für den wachsenden Teil der Wiesbadener Bevölkerung, der in Armut lebt, sondern für die Mehrheit in dieser Stadt darf der Zugang zu solchen Angeboten nicht am Geldbeutel scheitern. Unter anderem deshalb sind wir strikt gegen jede Form der Privatisierung von Schwimmbädern sowie anderen Freizeiteinrichtungen wie der Kunsteisbahn oder den städtischen Freizeitgeländen.

Gegen die Schließung von Schwimmbädern

Gemeinsam mit vielen anderen hat die Fraktion Linke Liste gegen die Schließungsabsichten und -pläne hinsichtlich der Schwimmbäder gekämpft. Wiederholt haben wir die Situation im städtischen Eigenbetrieb „mattiaqua“ parlamentarisch zum Thema gemacht. Wir sind für die Zurückdrängung von Leiharbeit und die Ausweitung regulärer Arbeitsplätze in diesem Bereich – im Interesse der dort Beschäftigten wie der Nutzer/innen. In diese Einrichtungen muss weiter investiert werden, damit sie auch in Zukunft ihre wichtige Funktion behalten. Wenn z.B. zunehmend beklagt wird, dass manche Kinder – selbst nach schulischem Schwimmunterricht – (noch) nicht schwimmen können, dann besteht hier auch seitens der Stadt Handlungsbedarf (niedrige Eintrittspreise, attraktive Angebote, ausreichend Fachpersonal, Unterstützung von Sport- bzw. Schwimmvereinen).



Keine Finanzierung kommerzieller Sportveranstaltungen zu Lasten des Breitensports

Immer wieder organisierte die Fraktion Widerstand gegen den Vorrang von kommerziellen Sportveranstaltungen zur „Image-Pflege“ wie „Profi-Straßen-Radmeisterschaften“, „Ironman 70.3“ u.a. Es ist nicht einzusehen, dass die Bezuschussung des Preisgeldes für einen Sieger beim Pfingstturnier mit städtischen Mitteln von 80.000 auf 110.000 € – wie dieses Jahr geschehen – aufgestockt wird, während sich viele Breitensportvereine finanziell schwer tun. Von den jährlich mehreren Hunderttausend Euro an städtischen Geldern für ein „abendliches Highlight“ der Schickeria („Ball des Sports“) könnte man z.B. Kunstrasenplätze bauen, um die diesbezügliche „Warteliste“ abzarbeiten – damit Hunderte von Kindern und Jugendlichen bessere Spiel- und Sportbedingungen haben.

Strikt wendet sich die Linke Liste gegen die Tendenz, Schul- und Sportflächen zu veräußern, um die jeweiligen finanziell unzureichend ausgestatteten Dezernatsbudgets aufzustocken. Statt Steuergeschenke an die Reichen und Superreichen und teure Prestigebauten (z.B. Bundesligataugliche Volleyballhalle an einem ungeeigneten Standort für 20 Millionen oder mehr, Zuschuss an die private Geldelitehochschule EBS) müssen die öffentlichen Mittel in den Schul- und Breitensport fließen. Dieser ist sozial- und gesundheitspolitisch besonders wichtig und leistet auch einen Beitrag zur Integration von durch Ausgrenzung bedrohten Teilen der Bevölkerung.

Die Anträge und Anfragen der Linken Liste im Stadtparlament und im Ausschuss für Freizeit und Sport (vertreten durch Mechthilde Coigné) entsprachen dieser politischen Linie. Die Erfolgsaussichten steigen selbstverständlich immer dann, wenn Fraktion und betroffene Bürger/innen optimal kooperieren. Ein gutes Beispiel ist die Auseinandersetzung um die Beseitigung des beliebten Schachplatzes am Warmen Damm. Hier konnten sich die Schachspieler mit Unterstützung der Linken Liste und schließlich auch anderer Fraktionen gegen die Magistratspläne durchsetzen.



Beseitigung gesundheitsbelastender Materialien auf/in Sportstätten

Relativ alleine steht die Linke Liste immer noch zu oft, wenn es um den kritischen Umgang mit gesundheitlich belastenden Baumaterialien in Sporthallen und auf Sportflächen geht. Belastungen z.B. durch PCB in Hallen und durch Dioxine und Furane auf „Kieselrot“-Plätzen werden nicht konsequent beseitigt, sondern bagatellisiert. Hier wird die Fraktion Linke Liste weiter Aufdeckungs- und Aufklärungsarbeit leisten, damit die Gefahren beseitigt werden.

Dass oft jahrelanges Engagement notwendig ist, um einfache, aber effektive Fortschritte zu erzielen, zeigt das Thema „Jugendleiterkarte – JuLeiCa“. Da auch der Stadtjugendring am Thema dran blieb, musste der Magistrat schließlich den Weg dafür bahnen, dass die städtischen Schwimmbäder von ehrenamtlich tätigen Jugendlichen kostenlos genutzt werden können.

Integration armer Kinder und Jugendlicher

Nachdem das Thema „Integration armer Kinder und Jugendlicher“ lange tabuisiert wurde, ist mittlerweile die Auffassung der Linken Liste mehrheitsfähig, dass es auch armen und weniger begüterten Kindern und Jugendlichen möglich sein muss, Vereinen beizutreten und sich notwendige Sportausrüstungen zu beschaffen. Diese Aufgabe darf nicht auf die Vereine abgewälzt werden. Die Verantwortung für Armut liegt bei der gesamten Gesellschaft, deshalb müssen auch hier die politischen Mandatsträger/innen handeln und für diese Gemeinschaftsaufgabe stärker als bisher diejenigen herangezogen werden, die entsprechende Einkommen und Vermögen haben. Auch eine städtische Steuerpolitik hat dem Rechnung zu tragen.

Kulturpolitische Aktivitäten der Linken Liste

Zu den Kommunalwahlen 2006 stellte die Linke Liste mit ihren kulturpolitischen Vorstellungen für die Landeshauptstadt Wiesbaden programmatische Aussagen zusammen.

Drei Hauptgedanken wurden dabei formuliert:

**Kulturpolitik heißt Impulse geben.
Kulturpolitik hat mit politischen Inhalten zu tun.
Kultur manifestiert sich an Orten.**

Bei aller (angeblichen oder realen) Begrenztheit der städtischen Finanzen hat sich die Linke Liste immer gegen eine undifferenzierte Reduzierung von Mitteln im Bereich der Kultur gewandt. Dies betrifft vor allem ihren Widerstand gegen pauschale Kürzungen gegenüber künstlerischen Initiativen, örtlichen Aktivitäten wie Stadtteil-Kulturtage, generell all jenen Unternehmungen, die nicht auf eine entsprechende Lobby zurückgreifen können.

Daraus resultiert gleichzeitig die Ablehnung der Bezuschussung von Veranstaltungen, hinter der finanzstarke Sponsoren oder einflussreiche Kräfte stehen, wie beispielsweise die Wiesbadener Pferdenacht im Biebricher Schlosspark oder manche „Events“ in und vor dem Kurhaus. In diesen Fällen hat die Linke Liste im Stadtparlament gegen eine Mit-Finanzierung über den kommunalen Haushalt und gegen die Einräumung von entsprechenden Sonderkonzessionen gestimmt. Entsprechend sprach sich die Linke Liste in ihren haushaltspolitischen Überlegungen für eine verstärkte Bezuschussung der örtlichen Initiativen aus und gegen die pauschale Streichung von Mitteln um fünf bzw. zehn Prozent.

Weiterhin setzte sie sich für stadtteilbezogene Projekte und Initiativen wie das Kultur-Projekt am Biebricher Rheinufer, die Initiative um das Klärwerk in Mainz-Kostheim und die Kulturmole in Schierstein ein.

Auch der Ausbau von Wiesbaden als Stadt der Filmkultur fand volle Unterstützung durch die LiLi, und zwar nicht nur durch die Unterstützung des Neubaus eines Filmhauses beim Schlachthof, sondern auch bei der Förderung des nicht-kommerziellen Films im Rahmen von Filmwochen (go east, Filme im Schloss, Trickfilm-Festival, Caligari etc.).



Zentrale Bedeutung hatte für die Linke Liste die Förderung von Jugend-Kulturprojekten; dies galt in besonderem Maß für den Kulturpalast (lang anhaltende Auseinandersetzungen um eine angemessene technische Ausstattung) sowie den gesamten Schlachthof-Komplex – gerade in die augenblickliche Debatte um eine umfassende Erneuerung des Schlachthof-Komplexes schaltet sich die Linke Liste ein mit der Zielstellung, ein über Wiesbaden hinaus wirkendes

Kulturzentrum für Jugendliche zu sichern. Dies gilt aber auch für die Fortführung der Förderung des weit über die Stadt hinaus bedeutsamen Projektes „European Youth Circus“.

In welchem Ausmaß die Kulturpolitik in Wiesbaden zum Instrument gegen antifaschistische Aufklärung missbraucht wurde, zeigte sich an der nicht zuletzt durch die Rolle der „REP“ als treibende Kraft zustande gekommenen Verhinderung eines zentralen Mahnmals für die Opfer des Faschismus in unserer Stadt (Jenny-Holzer-Projekt) auf absehbare Zeit.

Dass das Mahnmal am Schlachthof (Rampe) ohne wirkliche Einbeziehung der demokratischen Kräfte in unserer Stadt auf den Weg gebracht wurde, widerspricht nach Auffassung der Linken Liste dem Grundgedanken der Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger auch zum Zweck der politischen und historischen Aufklärung und der Verankerung antifaschistischer Gedanken in der Bevölkerung.

Die Linke Liste unterstützte über lange Zeit aktiv das „Projekt Stadtmuseum“ mit dem Ziel, eine Konzeption umzusetzen, in der die „kleinen Leute“, der Lebensalltag und die demokratischen Strömungen in Wiesbaden einen angemessenen Anteil erhalten. Aufgrund der finanziell völlig überzogenen Planungen wurde der Bau eines Stadtmuseums in Anbetracht der gegenwärtigen finanziellen Situation der Kommune von den Verantwortlichen „gegen die Wand gefahren“.

Gegen Rassismus, Neofaschismus und Islamfeindlichkeit

Keine REPublikaner in den Ausschüssen

Auch in der aktuellen Wahlperiode 2006–2011 waren die ausländerfeindlichen Republikaner im Wiesbadener Stadtparlament vertreten.

Durch Absprachen und einen gemeinsamen Wahlvorschlag mit der Wählergruppe Bürgerliste Wiesbaden, die wie die Linke Liste mit drei Stadtverordneten in die Stadtverordnetenversammlung gewählt wurde, gelang es, die vier Stadtverordneten der Republikaner faktisch aus den Ausschüssen herauszuhalten. Sie konnten so auch nicht mit Stimmrecht auf die Ausschussentscheidungen Einfluss nehmen.

Das sah eine Wahlperiode zuvor noch ganz anders aus: CDU und FDP sicherten sich durch den ehemalige Republikaner Hans Hirzel, der sich als „liberal“ gewendet gab, die Stimmenmehrheit.

Die Kooperation der LiLi mit der BLW gegen Rechtsaußen im Stadtparlament hinderte die LiLi jedoch nicht an scharfer Kritik, wenn der BLW-Fraktionsvorsitzende mit islamfeindlichen Reden den Reps Konkurrenz machte.

Auseinandersetzung statt Schweigen

Im Parlament herrscht eine stillschweigende Übereinkunft der Magistrats-Fraktionen, Anträge der Republikaner nicht zu kommentieren, sondern als „durch Aussprache erledigt“ abzustimmen.

Dies wollte die Linke Liste nicht hinnehmen und setzte sich inhaltlich in Redebeiträgen mit den Anträgen auseinander. Dies verlängerte zwar die Debatte, sorgte für Unmut vor allem bei CDU und FDP, forderte die Republikaner jedoch auch dazu heraus, unvorbereitete und entlarvende Äußerungen von sich zu geben. Die Strategie kann also unter diesem Aspekt als erfolgreich bewertet werden.

Außerparlamentarisches Bündnis gegen Rechts – gemeinsam gegen öffentliche Auftritte von Neofaschisten

Durch den Zuzug eines „Kaders“ verstärkte die neofaschistische NPD 2007 ihre Aktivitäten in der hessischen Landeshauptstadt. Ausgewiesenes Ziel war es



Wiesbadener Bündnis gegen Rechts - Römerberg 9 · 65183 Wiesbaden
Mobil 0176-21231712 · kontakt@wiesbadengegenrechts.de

zum „aktivsten hessischen Kreisverband“ zu werden und durch monatliches öffentliches Auftreten eine Gewöhnung bei der Wiesbadener Bevölkerung zu erreichen.

Während bei der Demonstration 2007 auf dem Wiesbadener Gräselberg nur unterentwickelte antifaschistische Strukturen vorhanden waren und zwei verschiedene Gegendemonstrationen stattfanden, gelang es unter Mitinitiative der Linken Liste schnell ein breites Bündnis, bestehend aus 24 Parteien, Organisationen, Initiativen und Einzelpersonen zu gründen, welches der Frühjahrsinitiative der NPD im Jahr 2008 entschlossen entgegentrat.

Die Veranstaltungen in Mainz-Kostheim und Mainz-Kastel wurden massiv beeinträchtigt – die NPD zog sich nach dieser Blamage zurück und erschien erst wieder am 8. Mai 2010 in der Wiesbadener Öffentlichkeit.

8. Mai 2010 – Den Nazis Rosen auf den Weg gestreut

Ein unrühmlicher Tag war der 8. Mai 2010 – der 65. Jahrestag der Befreiung vom Hitlerfaschismus. Statt der Millionen Opfer des Holocaust zu gedenken, servierte die Stadt Wiesbaden der Jugendorganisation der NPD einen gesamten Wiesbadener Stadtteil, Erbenheim, auf dem Silbertablett. Ein riesiges Polizeiaufgebot sorgte dafür, dass auch die größte bisherige Mobilisierung gegen einen Naziaufmarsch in Wiesbaden die Demokratiefeinde nicht stoppen konnte. Die Verwaltungsspitze zeigte auch hinterher keine Einsicht, sondern verteidigte ihre Strategie, und das, obwohl der Hauptredner Udo Pastörs seine zwei Tage zuvor von einem Gericht als volksverhetzend bewerteten Äußerungen in Wiesbaden fast wortgleich wiederholte, die Neonazis aufgrund der freundlichen Aufnahme in Wiesbaden bereits in ihren Redebeiträgen eine baldige



Rückkehr angekündigt und Ordnungsbehörde und Polizei für ihre „Kooperationsbereitschaft“ gelobt hatten.

Die gesellschaftlichen Gegenkräfte, die den Anfängen wehren wollten, wurden hingegen seitens der zuständigen Dezernentin diffamiert – dies ist nicht hinnehmbar.

Die Linke Liste brachte dieses Ereignis mehrfach, u.a. durch einen Antrag auf Einrichtung eines Akteneinsichtsausschusses, auf die Tagesordnung.

Gegen die Ansiedlung von neofaschistischen Gewerben

Einer Pressemitteilung der Mediatex, Vertreter der neofaschistischen Trend-Modemarke „Thor Steinar“ war zu entnehmen, dass sie sich in allen Landeshauptstädten ansiedeln wolle und auf der Suche nach entsprechenden gewerblichen Immobilien sei. Dazu brachte die Linke Liste einen Antrag ein, der darauf abzielte, keine städtischen Gebäude an die Mediatex GmbH zu vermieten und potentielle private Vermieter aufzuklären und von einer möglichen Vermietung abzuraten. Dieser Antrag wurde zwar abgelehnt, es ist jedoch davon auszugehen, dass die gewünschte Sensibilisierung dennoch stattfand.

Aufarbeitung der NS-Vergangenheit in Wiesbaden

Die Linke Liste trat erneut für die Umbenennung der Rudolf-Dietz-Schule in Wiesbaden-Naurod ein. Dies scheiterte jedoch an den Gegenstimmen von CDU, FDP, Republikanern und Bürgerliste. Rudolf Dietz war ein antisemitischer „Heimatdichter“, der während der Nazizeit in abscheulicher Art und Weise Juden verächtlich machte.

Auch die Nazi-Vergangenheit des ehemaligen Wiesbadener Oberbürgermeisters Erich Mix, der sowohl als hoher SS-Funktionär und NSDAP- als auch als FDP-Mitglied dieses Amt innehatte, sollte nicht verschwiegen werden. In der Galerie der Oberbürgermeister im Rathaus blieben dessen Parteimitgliedschaften nämlich unerwähnt. Die Linke Liste wird nach der Neugestaltung des Rathausfoyers darauf achten, dass diese Erwähnung finden.



Ebenfalls scheiterte die Umsetzung des bereits seit Jahrzehnten geplanten und beschlossenen Holocaust-Mahnmals durch die amerikanische Künstlerin Jenny Holzer. Nachdem die Künstlerin sich nach langem Hinhalten und geplantem Standortwechsel nicht mehr ernst genommen fühlte, zog sie sich von dem Projekt zurück. Dies bedauert die Linke Liste sehr, hatte sie sich doch immer sehr für die Umsetzung in der geplanten Form stark gemacht.

Mahnende Projekte wie das namentliche Gedenken am Michelsberg oder die künstlerische Gestaltung der Schlachthof-Rampe fanden die Unterstützung der Linken Liste, wenngleich man sich gerade im Schlachthof-Bereich eine andere Umsetzung gewünscht hätte.

Gegen Diffamierung von Migrant/innen

Jegliche Anträge, die auf die Diffamierung von Migrant/innen zielten, sei es die Forderung nach dem Verbot der Herkunftssprache auf dem Schulhof, sei

es die Unterstellung Integrationsunwilligkeit oder von pauschal behaupteten schlechteren Bildungserfolgen (die nach einer Studie durch die Uni Mainz in Wiesbaden ausschließlich auf den sozialen Status der Eltern zurückführbar sind) fanden keine Zustimmung der Linken Liste.

Für eine menschenwürdige Flüchtlingspolitik

Die Linke Liste nahm sich der Zustände in den Wiesbadener Flüchtlingsunterkünften an. Bei der Flüchtlingsunterkunft in der Homburger Straße wurden viele Mängel und gesundheitliche Gefahren für die dortigen Bewohner festgestellt, so dass sich die Linke Liste veranlasst sah, diese öffentlich zu machen und eine sofortige Schließung zu fordern. Hatte es bei dem Ortstermin noch geheißen, man wolle alle kleinen Unterkünfte schließen und nach und nach alle Flüchtlinge in die Homburger Straße umsiedeln, war nach Veröffentlichung plötzlich der Presse zu entnehmen, eine Schließung sei noch innerhalb der nächsten drei Monate geplant. Alle Bewohner würden bis dahin in andere Unterkünfte verbracht. Dies erfolgte tatsächlich und wird von der Linken Liste als großer Erfolg gewertet.

Die Situation von Flüchtlingen, die neue Bleiberechtsregelung und die Abschiebepaxis in der Landeshauptstadt Wiesbaden wurden seitens der Linken Liste mehrfach im Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration thematisiert.

Auch forderte die Linke Liste zu jedem Haushalt die Wiedereinstellung der Zuschüsse für den Wiesbadener Flüchtlingsrat – ohne bislang dafür eine Mehrheit zu erhalten.

Für ein friedliches Miteinander aller Völker

Im Artikel 69 der Hessischen Verfassung steht:

„Hessen bekennt sich zu Frieden, Freiheit und Völkerverständigung. Der Krieg ist geächtet. Jede Handlung, die mit der Absicht vorgenommen wird, einen Krieg vorzubereiten, ist verfassungswidrig.“

Die Politik in unserem Land entspricht jedoch in keiner Weise den Vorgaben der Hessischen Verfassung. Die von den USA dominierte NATO und somit auch die Bundesrepublik Deutschland setzt offensichtlich auf eine Strategie, ihre politischen und wirtschaftlichen Interessen mit den Mitteln des Krieges durchzusetzen. Auslandseinsätze der Bundeswehr im ehemaligen Jugoslawien, in Afghanistan oder am Horn von Afrika sind dafür Beleg.

Die Linke Liste ist der Meinung, dass aktive Friedenspolitik auch von den kommunalen Parlamenten ausgehen sollte.

Die Linke Liste will keine weitere Militarisierung der Gesellschaft – schon gar nicht in den Kommunen. Wir wenden uns deshalb gegen Werbung für die Bundeswehr an Schulen. Öffentliche Plätze dürfen nicht Spielstätte militärischer Zeremonien werden.

Die Linke Liste beteiligte sich auch in den letzten Jahren aktiv an Wiesbadener sowie bundesweiten Aktionen gegen den Krieg in verschiedenen Regionen der Erde, vor allem im Rahmen der Mainz-Wiesbadener Veranstaltungen und Kundgebungen zum Ostermarsch unter der Leitlinie: „Für eine Welt ohne Krieg, Militär und Gewalt!“ 2009 unterstützte die Fraktion Linke Liste tatkräftig die von der DFG/VK initiierte Friedensfahrradtour durch Deutschland.



Abzug des Militärs statt US-Hauptquartier in Wiesbaden!

Die Linke Liste geht davon aus, dass auch militärische Standorte, Waffenlager und Übungsgelände hohe Gefährdungspotenziale für politische Konfliktlösungen, soziales Zusammenleben sowie für Natur und Umwelt in sich bergen.

Mit der Verlegung des europäischen Hauptquartiers der US-Armee nach Wiesbaden entsteht eine militärische Anlage als Hochsicherheitstrakt mit permanenten Kontrollen durch bewaffnete GIs. Wiesbaden wird noch mehr zur „Militärdrehzscheibe“ und in grundgesetzwidrige Angriffskriege der USA hineingezogen. Die Anschlaggefahr wächst – ganz zu schweigen von Vernichtung von Natur in militärischem Sperrgebiet. Von Wiesbaden geht dann noch mehr Krieg aus als bisher.

Deshalb sind wir für die schrittweise Aufhebung von Militärstandorten, z.B. des US-Flughafens Erbenheim. Vor allem aber war es erklärtes Ziel der Linken Liste, eine breite Öffentlichkeit einzubeziehen in den Widerstand gegen die Bemühungen, rund um den Flughafen Erbenheim ein militärisches Zentrum mit der zugehörigen Infrastruktur für das US-Headquarters zu errichten. Dazu fanden Informationsveranstaltungen in und um Erbenheim statt und stellte die Linke Liste entsprechende Anträge im Stadtparlament. Auf Initiative der Fraktion der Linken Liste im Wiesbadener Stadtparlament wurde eine „Internet-Petition“ (Ipetition) an den US-Kongress mit der Forderung „Europäisches US-Hauptquartier nicht nach Wiesbaden!“ verfasst. Den Entscheidungsträgern in den USA sollte damit deutlich gemacht werden, dass viele Bürgerinnen und Bürger mit einer solchen Entscheidung nicht einverstanden sind und dass schwerwiegende Gründe gegen die Verlegung nach Wiesbaden sprechen.



Frauenpolitik in Wiesbaden muss sich im Haushalt wiederfinden!

Mit dem Antrag vom 23. Juni 2009 versuchte die Linke Liste, ein klares Signal an den Magistrat zu senden, in den Bereichen der Mädchen- und Fraueneinrichtungen keine Kürzungen bei Zuweisungen und Zuschüssen für den Haushalt 2010/2011 vorzunehmen. Der Antrag wurde von den übrigen Fraktionen abgelehnt.

Ehrenamtliches Engagement von Frauen für Frauen braucht bessere Rahmenbedingungen und stärkere finanzielle Unterstützung durch die Stadt Wiesbaden!

Bürgerinnen, die sich in Wiesbaden in frauenspezifischen Einrichtungen ehrenamtlich engagieren, müssen größere finanzielle Mittel aus dem städtischen Haushalt zustehen, als es in den vergangenen Jahrzehnten üblich war. Erst recht dürfen in diesen Bereichen keine Kürzungen vorgenommen werden. Besonders in schwierigen Situationen sind die nötigen Mittel zur Existenz-erhaltung zu gewähren (siehe LiLi-Antrag vom 27. April 2010 zur Förderung des Frauengesundheitszentrums Sirona).

Verbesserung der Situation der beschäftigten Frauen in städtischen Einrichtungen und Gesellschaften ist dringend notwendig!

Die Lohnunterschiede zwischen Frau und Mann für gleiche Arbeit liegen in Deutschland bei ca. 24 Prozent. Wir können in Wiesbaden auf kommunaler Ebene an der Überwindung dieser Unterschiede arbeiten, schon dadurch, dass wir diese in den Blickpunkt der Öffentlichkeit rücken. Die Linke Liste monierte, dass bei der Aufstellung des Förderplanes für die Beschäftigten der Stadt nicht alle Gremien beteiligt wurden. Ebenso thematisierte sie wiederholt die Situation der beschäftigten Frauen im Niedriglohnsektor der Stadt Wiesbaden und deren Gesellschaften (z.B. mit einem Antrag vom 5. Mai 2009).

Kindertagesbetreuung ist wesentlicher Faktor für Vereinbarkeit von beruflicher Tätigkeit und Familie

Im Gegensatz zu den übrigen Fraktionen ist die Linke Liste der Meinung, dass auch im Ausschuss für Frauenangelegenheiten die Kindertagesbetreuung auf die Tagesordnung gehört. Gerade für den Wiedereinstieg in den Beruf ist die Betreuung der Kinder ein wesentlicher Faktor, mit dem es den Müttern und Vätern gelingen kann, traditionelle Rollenvorstellungen zu überwinden (Antrag vom 15. Juni 2010).

Kommunale Demokratie ausbauen – Bürgerbeteiligung erleichtern!

Auch in den zurückliegenden Jahren seit der letzten Kommunalwahl unterstützte die Fraktion Linke Liste aktiv die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern bei städtischen Planungen.

- Gegen das PPP-Projekt am Platz der deutschen Einheit unterstützte die Fraktion die Einleitung eines Bürgerbegehrens, das mit dazu beitrug, dass der millionenteure Raubzug auf die Stadtkasse durch „Privat bauen lassen und mieten“ verhindert werden konnte.



- Zum Entwurf des Regionalplanes Südhessen erarbeitete der Magistrat keine Stellungnahme der Landeshauptstadt Wiesbaden und machte dadurch auch eine – selbst vom Regierungspräsidenten gewünschte – Bürgerbeteiligung unmöglich. Die Fraktion Linke Liste fand sich damit nicht ab und ging dagegen auf verschiedenen Ebenen vor.
- Die LiLi-Fraktion unterstützte Bürgerinnen und Bürger, die sich dagegen wehrten, dass sie bei Planungen umgangen und gegen ihre Interessen geplant wurde, so z.B. beim Bau des Kreisels in der Fichtestraße (leider vergeblich) oder bei der geplanten Beseitigung eines beliebten Schachplatzes am Warmen Damm (erfolgreich). Dort, wo Bürgerinnen und Bürger für ihre berechtigten Interessen aktiv wurden, fanden sie unsere Unterstützung (auch durch konkrete Informationen), so z.B. beim Kampf für die Sanierung baulich maroder Schulen, für den Erhalt von wertvollem Baumbestand und des Landschaftsgebietes Maaraua, gegen drohendes Verkehrschaos durch die Ansiedlung von großflächigem Einzelhandel, beim Erhalt wichtiger kultureller Einrichtungen wie z.B. dem Kulturpalast.
- Die Fraktion Linke Liste monierte regelmäßig, wenn betroffene Ortsbeiräte nicht angehört wurden und Magistratsvorlagen „durchgewunken“ werden sollten.
- Die LiLi-Fraktion fordert eine bessere Beteiligung der Bürgerschaft und zeigt – auch als kleine Fraktion –, dass Wort und Tat in Übereinstimmung sind.

Bürgerbegehren und Bürgerentscheide

Die LiLi-Fraktion tritt ein für eine Reform der hessischen Gesetze zur leichteren Durchführung von Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden. Sie hat deshalb auch an einem Entwurf des Kommunalpolitischen Forums der hessischen Linken zur HGO (Hessische Gemeindeordnung) mitgearbeitet, die mehr Bürgerbeteiligung und eine Demokratisierung in den Kommunen vorsieht.

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an kommunalen Entscheidungen

Die LiLi-Fraktion unterstützte die Verwirklichung der HGO hinsichtlich der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an kommunalen Entscheidungen.

So machten wir wiederholt die Einrichtung der „Stadtteiljugendbeauftragten“ und ihre Unterstützung zum Thema. Bei Einführung des Jugendparlamentes kritisierten wir massiv das Wahlverfahren (Personenmehrheitswahlrecht), das eine einseitige Zusammensetzung (nahezu ausnahmslos Gymnasialschüler/innen) geradezu vorprogrammiert und damit z. B. Schüler/innen anderer Schulformen und Auszubildende grob benachteiligt.

Würdigung von ehrenamtlichen Tätigkeiten gerade von Jugendlichen

Die jahrelange Forderung, ehrenamtliche Tätigkeit auch bei Jugendlichen zu würdigen, z. B. durch eine Aufwertung der JuLeiCa (Jugendleiterkarte), scheint jetzt endlich von Erfolg gekrönt zu sein. Ohne das kontinuierliche Engagement des Stadtjugendrings wäre allerdings ein Erfolg noch in weiter Ferne.

Politisches Ziel „Bürgerhaushalt“ und dessen schlimme Karikatur durch die Wiesbadener Koalition

Die Linke Liste forderte in ihrem Programm für die Kommunalwahl 2006 hinsichtlich einer Bürgerbeteiligung bei der Haushaltsplanaufstellung, dass in allen Phasen die Teilnahme der Bevölkerung an Entscheidungsprozessen und Prioritätensetzung zu sichern ist, eine umfassende Information der Bevölkerung über die zur Verfügung stehenden Mittel sowie die anstehenden Aufgaben zu erfolgen hat, möglichst viele Haushaltstitel zur öffentlichen Debatte zu stellen sind und sich die Mandatsträger/innen verpflichten, dem Votum der Bürgerschaft zu folgen. Bei der Einführung des so genannten „Bürgerhaushaltes“ durch Oberbürgermeister Dr. Müller kritisierte die Fraktion die frühzeitig erkennbaren schweren Fehler der geplanten Durchführung, die dazu führten, dass das Pilotprojekt scheiterte und die Idee schwer in Misskredit gebracht wurde.

Internet der Kommune: Immer noch keine Transparenz über Entscheidungen und Abstimmungen

Immer wieder kämpfte die Fraktion für die Verbesserung des „Politischen Informationssystems Wiesbaden“ im Internetauftritt der Landeshauptstadt. Abgesehen von bescheidenen Verbesserungen, bis heute können – trotz Mehrheitsbeschlusses für einen entsprechenden LiLi-Antrag – die Bürgerinnen und Bürger z.B. immer noch nicht nachverfolgen, welche Fraktionen im Stadtparlament und in seinen Ausschüssen für und welche gegen bestimmte Vorlagen gestimmt haben und damit bestimmte Maßnahmen zu verantworten haben.

Bürgerversammlungen: Magistrat verstößt gegen das Gebot der HGO

Die in der Hessischen Gemeinde-Ordnung (HGO) vorgesehenen, mindestens jährlich abzuhaltenden Bürgerversammlungen, die auch in den Stadtteilen möglich sind, werden schon seit Jahren kaum noch praktiziert. Eine Anfrage der Fraktion ergab, dass seit 2006 in der ganzen Stadt nur eine einzige Bürgerversammlung nach § 8a HGO durchgeführt wurde. Und dennoch wurde z.B. dem Ortsbeirat Mainz-Kastel die Durchführung einer Bürgerversammlung zu einem wichtigen Thema abgelehnt. Stattdessen wurde – ohne ordentliche Beteiligung – der Ortsbeirat gerade bei diesem Thema, der Gestaltung des ÖPNV-Verkehrsknotenpunktes Brückenkopf-Bahnhof Kastel, umgangen: Ein Beispiel für die Ignoranz des Magistrates, in dem bis vor kurzem die CDU/GRÜNE/FDP-Mehrheit den Ton angab. Als die LiLi-Fraktion im Ausschuss die Verwirklichung des § 8a der HGO einforderte, musste sie sich von CDU und GRÜNEN Plädoyers gegen diesen HGO-Paragrafen anhören.

„Menschen ab 60“

Zu den Kommunalwahlen 2006 gab es im Rahmen der Teilprogramme der Linken Liste noch keine zusammengefassten Aussagen zu einer Politik für Ältere. Die Notwendigkeit dafür ergab sich aber zwingend mit den Wahlen zum Seniorenbeirat am 10. Oktober 2008, für den die Linke Liste kandidierte. Aus diesem Anlass wurde ein eigenständiges Teilprogramm „Altern in Wiesbaden“ veröffentlicht.

Im Ergebnis der Wahlen errang die LiLi einen Sitz im Seniorenbeirat.

Aus diesen programmatischen Aussagen sind vor allem drei Aspekte bedeutsam für die Arbeit geworden.

„Altersarmut in Wiesbaden“

Beim Seniorenbeirat wurde eine Arbeitsgruppe gebildet, die sich darum bemüht, gemeinsam mit städtischen Stellen (Amt für soziale Arbeit und Amt für strategische Planungen) sowie der Fachhochschule Wiesbaden verlässliche Daten über die Altersarmut in Wiesbaden und deren mittelfristige Tendenzen zu erheben. Auf dieser Grundlage sollen dann den politischen Gremien Strategien zur Behebung der Altersarmut vorgeschlagen werden. Dass es zu dieser Arbeit kam und diese auch fortgeführt wird, ist wesentlich dem Vertreter der LiLi im Seniorenbeirat zuzuschreiben.

Wohnungssituation von Senioren, insbesondere in Heimen

Die Linke Liste hat sich mehrfach eindeutig ausgesprochen gegen die fortschreitende Verabschiedung der Kommune aus ihrer Verpflichtung, für ausreichende Wohn- und Lebensverhältnisse älterer Menschen zu sorgen. Die jüngsten Pläne, sich nur noch auf zwei Heime (Neubau bei der HSK mit Spezialfunktion Palliativbetreuung, Neuerrichtung des Toni-Sender-Hauses) zu beschränken und alles andere privaten, z.T. im höchsten Maß am unternehmerischen Nutzen orientierten Initiativen zu überlassen, wurden inzwischen auch in der Stadtverordnetenversammlung – gegen die Stimmen der LiLi-Abgeordneten – beschlossen.



Keine nicht-öffentlichen Sitzungen!

Von Beginn der Zugehörigkeit zum Seniorenbeirat an hat sich die Linke Liste dafür eingesetzt, Schluss zu machen mit der gegen die HGO verstoßenden Praxis nicht-öffentlicher Sitzungen des Seniorenbeirates.

Mobilität – sozialverträglich und umweltschonend

Ausbau eines sozialverträglichen öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV)

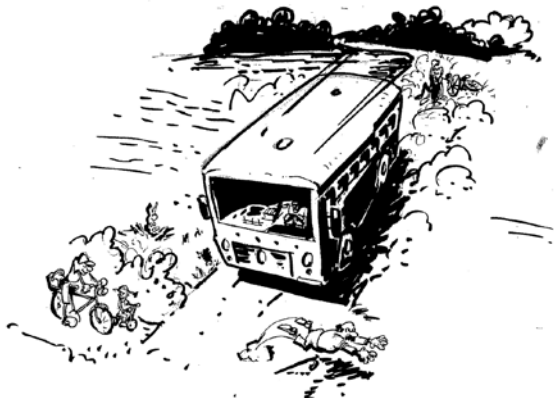
Bereits im Herbst 2006 forderte die Linke Liste Wiesbaden in einem Antrag in der Stadtverordnetenversammlung, dass die damals vorgesehenen Kürzungen bei den Zuschüssen für den ÖPNV durch die Bundes- und Landesregierung nicht realisiert werden. Die angekündigten Einschränkungen im Bereich des Rhein-Main-Verbundes sollten durch die Stadtverordneten abgelehnt werden. Die damals gerade neu etablierte Koalition aus CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP lehnte aber diesen Antrag ab.

Den von der Linken Liste Wiesbaden hinterfragten Zusammenhang zwischen dem auch im Jahre 2006 vorangetriebenen Börsengang der Bahn AG und den Verschlechterungen bei den IC- und ICE-Verbindungen von und nach Wiesbaden wollte der Magistrat nicht erkennen. Stadtrat Dr. Pös beantwortete eine Anfrage der Linken Liste Wiesbaden u.a. so: „Die Entscheidung zu einem Börsengang obliegt der Bundesregierung und dem Bundesgesetzgeber. Angesichts der unbestreitbaren Vorteile einer marktwirtschaftlichen Ausrichtung, auch in ehemals hoheitlichen Aufgabenbereichen der öffentlichen Hand, ist mit dem Börsengang der Deutschen Bahn AG und einer stärkeren Wettbewerbsorientierung eine leistungsfähige Versorgung im Bereich des Schienenverkehrs zu erreichen ...“

Wie die „unbestreitbaren Vorteile einer marktwirtschaftlichen Ausrichtung“ im Bereich des ÖPNV in der Landeshauptstadt Wiesbaden aussehen, konnten die Bürgerinnen und Bürger in der Praxis erleben. Die Privatisierung des Busverkehrs führte zur Verschlechterung aller Qualitätsmerkmale (Pünktlichkeit, Service, Fahrzeugtechnik u.a.) und zur deutlichen Verschlechterung der Arbeitsbedingungen der Busfahrer/innen sowie der Verringerung ihres Lohnniveaus. Die von der Koalition letztendlich im Jahre 2007 betriebene Rückführung von WiBus in kommunales Eigentum unterstützte die Linke Liste Wiesbaden, die in der Vergangenheit die einzige demokratische Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung war, die die Privatisierung abgelehnt hat. Nicht durchsetzen konnte sich die Fraktion mit ihrer Forderung, die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Busfahrer/innen an das Niveau von ESWE-Verkehr anzuheben.

Es ist eine **neue Streckenführung für die Buslinie 18** geplant:

Von der Homburger Straße **über den Straßenmühlweg** und die Erich-Ollenhauer-Str. zur Erasmusstraße sollen **je Stunde 12 Busse** fahren.



Die „Anlieger-Initiative Straßenmühlweg“ ist gegen o.g. Planungen und den Ausbau des Weges unter anderem, weil

- das Naherholungsgebiet dadurch zerstört wird,
- Spaziergänger, Radfahrer, spielende Kinder nicht mehr gefahrlos den Straßenmühlweg und die Umgebung von „Straßenmühle“ und Minigolfplatz nutzen können,
- der Straßenmühlweg zu schmal, zu steil und zu kurvig ist

Die Linke Liste hält nach wie vor an einer Stadtbahn für Wiesbaden fest und bleibt daher mit den entsprechenden Bürgerinitiativen im Gespräch. Sie unterstützt alle Aktivitäten, vorhandene Trassen zu erhalten und wie im Fall der Nassauischen Touristikbahn auch entsprechend zu nutzen.

Um der Zielsetzung „Mobilität für alle“ einen praktischen Schritt näherzukommen, brachte die Linke Liste Wiesbaden im Februar 2008 einen Antrag in die Stadtverordnetenversammlung ein. In ihm wurde gefordert, dass für Menschen mit kleinem Budget oder in besonderen sozialen Lagen eine unentgeltliche Nutzung des ÖPNV in der Region Wiesbaden/Rheingau-Taunus-Kreis eingeführt wird. Der Antrag wurde gegen die Stimme der Linken Liste Wiesbaden von allen anderen Fraktionen abgelehnt.

Zurückdrängung des motorisierten Individualverkehrs

Die Linke Liste Wiesbaden lehnt bis heute den vierspurigen Teilausbau der Boelckestraße ab, weil er die Staus in Mainz-Kastel nicht verhindert, sondern sie zusammen mit den Schadstoffen noch näher an die Wohnbebauung herbringt.



Auch der Ausbau der Goerdelerstraße im Klarenthal fand nicht die Unterstützung der Linken Liste Wiesbaden. Der vermeintliche Gewinn an weniger Fahrzeit an dieser Stelle (an anderen Stellen stockt es umso mehr) wird mit zunehmenden Umweltbelastungen erkauf.

Für beide Gebiete gilt: Statt in eine nachhaltige Mobilität durch eine Erweiterung des öffentlichen Personenverkehrs zu investieren (z.B. in eine Stadtbahn), nimmt der Magistrat und die ihn in den vergangenen Jahren tragende Koalition zusätzliche Umweltbelastungen in Kauf.

Auch bei anderen Projekten engagierte sich die Linke Liste Wiesbaden mit ihren Mitteln gegen die Anpassung der Stadt an das Auto.

Im Jahre 2007 fragte die Linke Liste Wiesbaden z.B. den Magistrat, ob er es für sinnvoll und zulässig hält, im Landschaftsschutzgebiet Maarau eine Wiese als Parkplatz für ca. 150 PKW für Besucher des Freibades zu opfern. Die Antwort war eine Vermischung aus Verniedlichung der damit einhergehenden Verstöße und Belastungen und der Darstellung der Maßnahme als alternativlos.

Die Aufforderung in einem Antrag der Linken Liste Wiesbaden auf einer Stadtverordnetenversammlung im gleichen Jahr, eine Konzeption zur Verkehrsberuhigung von Alt-Kostheim zu erarbeiten, deren Verwirklichung die umstrittene „Kostheimer Nase“ überflüssig macht, wurde mit den Stimmen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP abgelehnt.

Belastungen durch den Flugverkehr vermindern

Die Linke Liste hat sich wie in der vergangenen Wahlperiode ohne Wenn und Aber gegen den Ausbau des Frankfurter Flughafens ausgesprochen. Sie hat entsprechend in der Regionalversammlung Hessen Süd und in der Stadtverordnetenversammlung agiert. Im außerparlamentarischen Bereich unterstützte sie die Aktivitäten der Bürgerinitiativen.

Umwelt – lebenswert und sozial gestalten

Gemäß dem Slogan „Global Denken – Lokal Handeln“ setzte sich die Linke Liste Wiesbaden (LiLi) auch in den vergangenen Jahren für konkrete Verbesserungen im Umweltschutz ein.

Vorläufiges „Aus“ für das Kohlekraftwerk auf der Ingelheimer Aue

Bereits mit dem Antrag „Stopp für Kohlekraftwerkspläne – Umweltfreundliche und soziale Energieversorgung fördern!“ erteilte die LiLi am 8. Februar 2007 den Plänen zum Bau eines Kohlekraftwerkes eine eindeutige Absage. Gleichzeitig forderte sie den Magistrat auf, umgehend Alternativen für eine regionale Energieversorgung auf der Basis erneuerbarer, umweltfreundlicher und sozialer Energiebereitstellung zu prüfen und den politischen Gremien vorzustellen. Von Anfang an solidarisierte sich die LiLi mit dem außerparlamentarischen Widerstand gegen diese Dreckschleuder und beteiligte sich u.a. als Mitglied im Bündnis für eine kohlekraftwerksfreie Region Mainz-Wiesbaden an den verschiedensten Aktionen. In den Jahren 2008 und 2009 forderte die LiLi mit wei-



teren Anträgen den Stopp der Kraftwerksplanungen und die Unterstützung des Widerstandes der Bürgerinnen und Bürger gegen dieses Projekt. Im März 2009 stimmte eine Mehrheit der Stadtverordneten (LiLi, SPD, Bürgerliste, Bündnis 90/Die Grünen und REP) für den Beitritt der Landeshauptstadt zum „Bündnis für eine kohlekraftwerksfreie Region Mainz Wiesbaden e.V.“. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen verweigerte CDU und FDP erstmals die Koalitionsdisziplin, nicht ohne dass vorher die Grüne-Basis energisch diesen Schritt einforderte.

Gemeinsam mit den vielen Gegnerinnen und Gegnern des Kohlekraftwerks freute sich die LiLi über das vorläufige „Aus“ für die Kraftwerkspläne. Der Kampf für die endgültige Einstellung der Planungen geht weiter.

Die LiLi unterstützt die kritische Begleitung der Planungen zum Biomasse-Heizkraftwerk Wiesbaden-Biebrich durch die Bürgerinitiative „Kein Kohlestrom Wiesbaden“. Von der LiLi gab es bisher keinen Freibrief für die Errichtung eines Heizkraftwerkes, welches zwar nicht auf fossile Brennstoffe zurückgreift, aber die Schadstoffemissionen deutlich vergrößert. Gesundheitsschutz der Bürgerinnen und Bürger geht vor maximal möglichem Profit.

Der am 11. Februar 2010 von der LiLi in die Stadtverordnetenversammlung eingebrachte Antrag „Atomkraftwerke Biblis A und B müssen vom Netz“ fand nach Übernahme von vorgeschlagenen Konkretisierungen durch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eine Mehrheit.

Umweltbelastungen für alle Bürger/innen vermindern

Die Linke Liste Wiesbaden setzte sich in den vergangenen Jahren wiederum für konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Umweltbedingungen in Wiesbaden ein. Sie engagierte sich u.a. auf folgenden Gebieten:

- Beitrag zur Senkung des CO₂-Ausstoßes durch die Aushändigung von Energiesparlampen an SGB-II- und SGB-XII-Bezieher, die diese mit Ihrem Hartz-IV-Regelsatz nicht erwerben können. Der praktische und soziale Beitrag für den Klimaschutz wurde durch die Jamaika-Koalition, also einschl. Bündnis 90/Die Grünen, abgelehnt.
- Verminderung möglicher Trinkwasserbelastungen (z.B. durch perfluorierte Tenside, Flammschutzmittel) in unserer Stadt.
- Schutz vor kreberzeugenden Stoffen; hier besonders durch die Nachfrage, welche Folgerungen aus dem grob fahrlässigen und ungesetzlichen Verhalten der Wohnungsgenossenschaft Geno 50 bei der Sanierung asbestbelasteter Wohnungen durch die Verantwortlichen gezogen wurden.
- Realisierung von Lärmschutzmaßnahmen, u.a. durch die zeitnahe Umsetzung des Einbaus von Schallschutzfenstern, -türen und -schleusen im Kulturpalast Wiesbaden.

Schadstoffe vor allem in Kinder- einrichtungen und Schulen beseitigen

Ein besonderes Anliegen der Linken Liste Wiesbaden war es, die Sensibilität für die nach wie vor vorhandenen Schadstoffbelastungen in Kindereinrichtungen und Schulen bei der Stadtverwaltung zu erhöhen:

- Im Jahre 2006 wurden deshalb zwei Anfragen betreffs Messungen und Materialproben zu PCB-Schadstoffbelastungen in den Turnhallen und im H-Bau der Wilhelm-Leuschner-Schule an den Magistrat gerichtet.
- 2007 fragte die Linke Liste Wiesbaden im Ausschuss für Schule und Kultur nach, welche Ergebnisse es beim Aufbau eines Schadstoffkatasters für Schulen und Kindereinrichtungen gäbe. Die Aussprache im Ausschuss machte deutlich, dass ein Schadstoffkataster trotz Beschluss des Stadtparlaments nicht geführt wird.
- Ebenfalls im Jahre 2007 forderte der Vertreter der Linken Liste Wiesbaden im Ortsbeirat Westend, Jürgen Jäger, vom Magistrat, Finanzmittel für Feinstaubmessungen an und in Schulen sowie Kindertagesstätten im Ortsbezirk in den städtischen Haushalt einzustellen.
- 2009 wurde der Magistrat im Ausschuss für Schule und Kultur durch die Linke Liste Wiesbaden aufgefordert, eine gutachterliche Stellungnahme zur Frage einzuholen, ob von PAK-(polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe)belasteten Schulhofoberflächen in unserer Stadt gesundheitliche Gefährdungen für Schülerinnen und Schüler sowie Lehrerinnen und Lehrer ausgehen.

Landschaftsgestaltung und -schutz: ein Thema für die LiLi

Unter anderem spielten sowohl im parlamentarischen Raum als auch in Bürgerinitiativen folgende Themen eine gewichtige Rolle:

- „Bowling Green“, trotz derzeitigem Sprießen und Wachsen, eher braun und gelb anstatt frischgrün? Die Frage wurde von einem Wiesbadener Bürger auch an die Fraktion der Linken Liste herangetragen.
- Trifft es zu, dass die Maarauer Vogelschutzgebiet nach dem Europäischen Vogelschutzgesetz ist? Welche Einrichtungen und/oder Bepflanzungen auf der Maarauer sind mit einer Realisierung einer Bundesgartenschau nicht vereinbar und müssten perspektivisch entfernt werden?
- Trifft es zu, dass vom städtischen Umweltamt für den Beginn der geplanten Baumaßnahmen an der Wiesbaden High School (H-H-Arnold-High-School) eine Ausnahmegenehmigung für das Fällen von Bäumen erteilt wurde, obwohl die betroffenen Bäume in der Regelbrutzeit der Vögel (Mitte März bis Ende August) nach der kommunalen Baumschutzsatzung grundsätzlich nicht gefällt werden dürfen?

Stadtentwicklung und Bebauung für alle Bürger/innen

Stadtentwicklung ist nach Auffassung der Linken Liste Wiesbaden (LiLi) kein Projekt für kleine privilegierte Gruppen. Ziel nachhaltiger Stadtentwicklung muss es sein, ein gleichberechtigtes, gesundes sowie bezahlbares Wohnen und Leben für alle Bürgerinnen und Bürger in Wiesbaden zu ermöglichen.

Bezahlbaren Wohnraum erhalten und erweitern

Die LiLi hat im Jahr 2007 in einem Antrag an die Stadtverordnetenversammlung den Erhalt und die Ausweitung des Bestandes an Sozialwohnungen gefordert. Dieser Antrag wurde mit den Stimmen aller Fraktionen angenommen.

Die LiLi befürwortete 2009 auch den Kauf von 2.850 Wohnungen in den AKK-Stadtteilen von der Wohnbau Mainz GmbH und deren Übernahme durch die im Eigentum der Stadt Wiesbaden befindliche GWW Wiesbadener Wohnbaugesellschaft mbH. Sie verband diese Unterstützung mit der Forderung nach Übernahme des entsprechenden Personals für die Betreuung der Mieter und Wohnungen, dem Erhalt des Kundencenters AKK, dem uneingeschränkten Weiterbetrieb des Jugendpavillons im Wohngebiet Krautgärten, dem Verzicht auf Mietpreiserhöhungen und spätere Privatisierung. Wenigstens beim Verzicht auf Mietpreiserhöhungen gab es eine Übereinstimmung mit den Ausführungen des Oberbürgermeisters Dr. Müller (CDU).

Die LiLi hat auch in dieser Wahlperiode alle Formen der Privatisierung des Wohnungsbestandes abgelehnt. So lehnt sie z.B. die von der GWW bei der Sanierung des Wohngebietes zwischen Brunhilden- und Friedenstraße angewandte Praxis ab, den Ersatz von abgerissenen maroden Wohngebäuden durch den Neubau von Eigentumswohnungen zu finanzieren. Die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum sieht anders aus.

Ein im November 2008 von der LiLi in die Stadtverordnetenversammlung eingebrachter Prüfungsantrag, der den Magistrat bittet darzulegen, welche Möglichkeiten zur Erweiterung bezahlbaren Wohnraums für Studierende bestehen, wurde nach einem unbefriedigenden Bericht von Stadtrat Goßmann (SPD) als „durch Aussprache erledigt“ erklärt. Dem stimmten die Stadtverordneten von Bündnis 90/Die Grünen, Bürgerliste, CDU, FDP und SPD zu.

Dem Grundsatz folgend, soziale Gerechtigkeit auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens einzufordern, beantragte die LiLi bereits im Jahre 2006 (Stadtverordnetenversammlung, Beratung nach Überweisung im Sozialausschuss), dass die Bezieher/innen von Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II („Hartz IV“) Mietberatung durch das Amt für Soziale Arbeit erhalten, da sie laut einem vorherigem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung keinen Mitgliedsbeitrag beim Mieterschutzverein Wiesbaden und Umgebung e.V. erstattet bekommen. Dies lehnten die im vorigen Absatz genannten Fraktionen ebenfalls ab.

Stadtgestaltung muss die Lebensqualität möglichst vieler Bürger/innen verbessern

Deshalb lehnte die LiLi vor allem folgende Projekte ab, die zur Verschlechterung der Lebensqualität führen:

- Verlegung des Hauptquartiers der US-Army von Heidelberg nach Wiesbaden, da Flächen, die bislang u.a. für ökologischen Landbau genutzt wurden, versiegelt und bebaut werden. Kaltluftentstehungszonen werden mit jedem neuen Krieg der USA und NATO zu „Hochsicherheitszonen“, in deren Umfeld sich auch die Sicherheit der Zivilpersonen verringert.
- Alle Grundstücksgeschäfte, Bauplanungen und Infrastrukturmaßnahmen im Zusammenhang mit der Realisierung des Gewerbegebietes

Petersweg Ost. Das Gewerbegebiet steht vor allem für eine drastische Zunahme aller Immissionen, die sich in erster Linie aus der Erhöhung des Verkehrsaufkommens ergeben. So schränkt u.a. der vorgesehene Bau eines großflächigen Möbelmarktes insbesondere die Lebensqualität der Bewohner/innen des Ortsbezirkes Mainz-Kastel ein.

- Bundesgartenschau 2021 (Buga). Ein Landschaftsschutzgebiet soll für das „Geschäft Buga“ passend gemacht und damit dauerhaft geschädigt werden. Die für die Realisierung eines solchen Prestige-Projektes benötigten finanziellen Mittel im Millionen-Euro-Bereich fehlen im Sozial- und Bildungsbereich.



Stadtgestaltung – LiLi engagiert sich

Stadtgestaltung muss an vielen Orten in der gesamten Stadt stattfinden. Die Themen reichen dabei vom Ausbau der Barrierefreiheit bis hin zu ausreichenden öffentlichen Toiletten. Dementsprechend hat sich die LiLi mit vielen Initiativen auf Stadt- und Ortsbezirksebene, regelmäßig in Absprache mit Bürgerinitiativen, in diesen Prozess eingebracht, was nachstehend beispielhaft dokumentiert werden soll:

- Mehr Barrierefreiheit in Wiesbaden – Anfrage der LiLi-Fraktion an den Magistrat 2008 / Antrag von LiLi-Mitglied Hans-Jürgen Geisler im Ortsbeirat Mitte 2007
- Gewährleistung der Sicherheit bei öffentlichen Gebäuden – Anträge der LiLi-Ortsbeiratsmitglieder Anita Lexau und Manuela Schon in den Ortsbeiräten Rheingau/Hollerborn und Südost 2008
- Aufenthaltsmöglichkeiten von Alkoholkranken im öffentlichen Raum – LiLi-Antrag im Ausschuss für Soziales 2009
- Verbesserung des Angebots bei öffentlichen Toilettenanlagen in der Landeshauptstadt – LiLi-Antrag im Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration 2008
- Ablehnung des Neubaus eines Kreisels Fichtestraße/Parkstraße – keine Zustimmung zur entsprechenden Magistratsvorlage 2009
- Prüfungsantrag zur Errichtung von „Smart-Märkten“ in Wiesbadener Stadtteilen – LiLi-Antrag im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung 2009
- Aufstellung eines Bebauungsplanes und Inkraftsetzung einer Veränderungssperre für den Stadtumbaubereich Mainz-Kastel/Kostheim – LiLi-Antrag in der Stadtverordnetenversammlung am 06.11.2009
- Von Anfang an stellte sich der Vertreter der Linken Liste im OB Westend gegen das Großbauprojekt auf dem Platz der Deutschen Einheit; mit einer breit angelegten Kampagne der Linken Liste gegen das PPP-Projekt wurde die Verwirklichung der städtischen Pläne zumindest zunächst gestoppt.

Städtischer Haushalt – unsoziale und bürgerfeindliche Schwerpunktsetzung

Die Stadtverordneten der Linken Liste Wiesbaden haben allen vorgelegten städtischen Haushaltsentwürfen ihre Zustimmung verweigert.

Warum? Die zur Abstimmung vorgelegten Haushaltspläne widerspiegeln auf Stadtebene die seit Jahren stattfindende unsoziale Umverteilungspolitik auf Bundes- und Landesebene, die zu Lasten öffentlicher Haushalte und der Beziehender/innen niedriger und mittlerer Einkommen erfolgt und den Bürgerwillen ignoriert.

Dabei ist den Vertretern der LiLi klar, dass die Höhe der finanziellen Mittel einer Stadt wesentlich von der Steuer- und Sozialpolitik im Bund und im Land bestimmt wird. Aber eine Stadt und deren Grundsteuerhebesätze wieder auf das Niveau der Jahre 2000/2001 angehoben werden. Die jährlichen Mehreinnahmen würden sich auf einen zweistelligen Millionenbetrag belaufen. Finanzielle Spielräume hat die LiLi zu jeder Haushaltsberatung aufgetan, weil sie sich gegen die Finanzierung von Prestigeprojekten (z.B. bei PPP-Projekten wie Verwaltungszentrum Mainzer Straße, WIBUS, WIVERTIS, Platz der Deutschen Einheit), verfehlten Straßenbauprojekten (z.B. Kreisel Fichtestraße, vierspuriger Ausbau Boelckestraße) sowie die „großzügige“ Unterstützung der privaten European Business School und von kommerziellen Sport-Events (z.B. Pfingstreitturnier, Ironman 70.3, Straßenradrennmeisterschaften, Sportlerbälle) ausgesprochen hat.

Die Änderungsvorschläge der LiLi zu den Haushaltsplanberatungen waren daher immer finanziell abgesichert.

Mit ihren Anträgen zu den Haushaltsberatungen wollte die LiLi-Fraktion erreichen, dass die vorhandenen finanziellen Spielräumen und eine andere Schwerpunktsetzung für eine soziale und bürgerzugewandte Stadtpolitik genutzt werden.

Das betraf vor allem

- die Sanierung der baulich maroden Schulen, insbesondere der Förder-

schulen;

- die Beschleunigung des Ausbaus der Kinderkrippenplätze (mehr Erzieher/innen und mehr Plätze), vor allem unter städtischer Regie;
- die Erweiterung der Schulsozialarbeit und der mobilen Jugendarbeit sowie den Aufbau und Ausbau von Jugendtreffs;
- die Zuschusserhöhung für Vereine und Einrichtungen, die sich insbesondere der Jugend- und Frauenarbeit, der Integration von Menschen und dem Antifaschismus verpflichtet fühlen.

Die Forderungen der Linken Liste Wiesbaden deckten sich dabei in vielen Fällen mit den zum Teil jahrzehntelang von Ortsbeiräten geforderten Sanierungen von Schulen, Sport- und Freizeiteinrichtungen sowie der Verbesserung der Jugendarbeit vor Ort.

Diese Ignoranz gegenüber gewählten Gremien sowie die Kritik an der mangelnden Transparenz der vorgelegten Haushalte wurde von der LiLi in den Haushaltsberatungen immer wieder thematisiert. Der Versuch, diesem negativen Image seitens des Magistrats mit dem „Bürgerhaushalt“ etwas entgegenzusetzen, scheiterte kläglich. Weder wurden die Bürgerinnen und Bürger umfassend informiert, noch hatten sie ernsthaft die Möglichkeit, Entscheidungen herbeizuführen, die anschließend respektiert werden.

Die bisherigen Elemente repräsentativer Demokratie bedürfen dringend der Ergänzung durch effektive direkte Einflussmöglichkeiten der gesamten Bürgerschaft und nicht nur der vermögensstarken.



Die drei Stadtverordneten der Linken Liste in der Stadtverordneten-Versammlung



Der LiLi-Fraktionsvorsitzende **Hartmut Bohrer** verfügt nach Examina in Geschichte, Politik, Erziehungswissenschaften und Psychologie über reichhaltige Berufserfahrungen als Gymnasiallehrer und Schulpsychologe.

Als Vater von drei Kindern hält er Gleichberechtigung bei Kindererziehung, Beruf und Politik für ein wichtiges Politikziel und unverzichtbare Tagesaufgabe. Seit seiner Schulzeit engagiert er sich nahezu ununterbrochen ehrenamtlich als gewählter Interessensvertreter, darunter 16 Jahre im Ortsbeirat (bis 2001 als Ortsvorsteher), seit 2001 als Stadtverordneter und seit der Wahl 2006 als Fraktionsvorsitzender und stimmberechtigtes Mitglied im „Ausschuss für Schule und Kultur“ und im „Ältestenausschuss“. Seine Hobbies Bücher, Museen, Ausstellungen, und Kulturveranstaltungen pflegt er trotz langer „Werktage“.

hartmut.bohrer@lili-wiesbaden.de



Die vollberufstätige gelernte Industriekauffrau **Mechthilde Coigné**, stellvertretende Fraktionsvorsitzende, kam 1993 zur Kommunalpolitik über das Bürgerinitiativen-Engagement für eine bezahlbare, qualifizierte öffentliche Kinderbetreuung aus Betroffenheit als Mutter.

Nach Mitarbeit im Ortsbeirat „schickten“ Wählerinnen und Wähler sie bei der Kommunalwahl 2006 auf Platz 2 der Linken Liste. Seitdem hat sie Sitz und Stimme in der Stadtverordnetenversammlung, im „Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration“, im „Ausschuss für Freizeit und Sport“ und im „Ausschuss für Frauenangelegenheiten“. Exkursionen, Ausstellungen und Literaturstudium sind für sie bevorzugter Ausgleich zu Beruf, politischem Ehrenamt und Haushalt.

mechthilde.coigne@lili-wiesbaden.de



Der gelernte Schornsteinfegermeister und Gewerkschaftssekretär **Veit Wilhelmy** engagiert sich seit über 30 Jahren ehrenamtlich in politischer Arbeit.

Seit 2006 ist er Stadtverordneter der Landeshauptstadt Wiesbaden und Mitglied im Ortsbeirat Rheingauviertel-Hollerborn. Durch das Studium an der Akademie der Arbeit in der Goethe-Universität Frankfurt am Main sind seine bisherigen politischen Schwerpunkte – Arbeitsmarkt-, Sozial-, Gleichberechtigungs- und Umweltpolitik – weiter geschärft worden. Als Autor von drei Büchern zur Arbeitsmarkt-, Sozial-, und Gewerkschaftspolitik hat er sich über Wiesbaden hinaus einen Namen gemacht.

Seine Freizeit verbringt er mit seiner Lebenspartnerin und seinen beiden Söhnen. Als Leidenschaften zählen für ihn u.a. Musik, Literatur, Kunst und Kultur.

veit.wilhelmy@t-online.de

www.veit-wilhelmy.de